

## **Antrag**

**des Abg. Dr. Rainer Balzer u. a. AfD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

### **Neuausrichtung der Erinnerungskultur in Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. mit welchen Forschungsprojekten die Landesregierung zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur 1945 bis 1989 in der SBZ und DDR beigetragen hat;
2. ob das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den Neuentwurf der Erinnerungskonzeption der Kulturstaatsministerin unterstützt, deren Inhalt in vielen Zeitungsartikeln besprochen wurde;
3. ob das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die von der Kulturstaatsministerin beabsichtigte Neuaufnahme der drei weiteren Schwerpunkte Demokratiegeschichte, Einwanderungsgeschichte und Kolonialismus in die Erinnerungskonzeption der Bundesrepublik unterstützt;
4. welche Gedenkorte zur Demokratiegeschichte in Baden-Württemberg bereits existieren und wie diese durch die Landesregierung wissenschaftlich begleitet werden;
5. ob das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine Ausweitung des Lindenmuseums als Erinnerungsort für den Kolonialismus für möglich oder für wünschenswert hält;
6. welche Erinnerungs- und Gedenkorte zur Einwanderungsgeschichte in Baden-Württemberg bereits existieren und wie diese von der Landesregierung finanziell gefördert werden;
7. wie das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine mögliche Ersetzung der Fördervoraussetzung durch Bundesmittel der Beteiligung von Opfergruppen durch die Beteiligung von Personen aus den Herkunftsgebieten des Kolonialismus bewertet und welche Folgen sich ihrer Meinung nach daraus ergeben könnten;

Eingegangen: 10.12.2024/Ausgegeben: 20.1.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

8. wie das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine mögliche Ersetzung der Bundesmittelfördervoraussetzung der wissenschaftlichen Begleitung durch eine Einbeziehung kultureller Projekte und Impulse im Themengebiet des Kolonialismus bewertet und welche Folgen sich ihrer Meinung daraus ergeben könnten;
9. wie die Landesregierung die in den Medien thematisierte Gefahr der Relativierung des Holocaust durch eine verstärkte Einbeziehung anderer Themengebiete in die Gedenkstättenkultur bewertet.

10.12.2024

Dr. Balzer, Bamberger, Baron,  
Gögel, Dr. Hellstern, Stein AfD

### Begründung

In den vergangenen Monaten wurde in Zeitungen der Entwurf für eine Neuausrichtung der Gedenkstättenkonzeption der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien thematisiert. A. K. schrieb in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von einer „Schule des Verlernens“. Andere, wie die Gedenkstättenleiterin E. G. in der taz, waren der Meinung, man müsse lediglich behutsam(er) vorgehen. Beabsichtigt war neben dem Gedenken an die NS- und die SED-Vergangenheit die Einbeziehung der Demokratie-, der Migrationsgeschichte und der Kolonialgeschichte in die finanzielle Förderung durch den Bund. Diese neuen Schwerpunktsetzungen führten zu der Sorge, dass die finanziellen Ressourcen nicht ausreichen könnten, um die bisherigen Aufgaben weiterhin befriedigend zu erfüllen. Zudem besteht die Sorge, dass bisherige Grundsätze der Gedenkstättenarbeit vernachlässigt werden könnten, die lauteten: „Jede Erinnerung an die Diktaturvergangenheit in Deutschland hat davon auszugehen, dass weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden darf“ (Bundestagsdrucksache 16/9875).

Die Antragsteller begehren zu wissen, wie sich die Landesregierung und insbesondere das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in dieser Diskussion positionieren.

In der Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 2008 wurde festgestellt, die historische Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur sei eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die sich nicht auf die neuen Länder beschränken dürfe. Die Geschichte der SBZ und der DDR sei Teil der gesamtdeutschen Geschichte und sollte als solche erkennbar sein. Die westdeutschen Länder wurden deshalb aufgefordert, ihren Teil zur Bewältigung dieser gesamtdeutschen Aufgabe zu leisten (Bundestagsdrucksache 16/9875).

Die Antragsteller begehren zu wissen, was das Land Baden-Württemberg unternommen hat, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. Januar 2025 Nr. MWK52-0141.5-41/11/4 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*1. mit welchen Forschungsprojekten die Landesregierung zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur 1945 bis 1989 in der SBZ und DDR beigetragen hat;*

Zu 1.:

Dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sind keine Forschungsprojekte der Landesregierung zu diesen Fragestellungen bekannt.

*2. ob das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den Neuentwurf der Erinnerungskonzeption der Kulturstaatsministerin unterstützt, deren Inhalt in vielen Zeitungsartikeln besprochen wurde;*

*3. ob das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die von der Kulturstaatsministerin beabsichtigte Neuaufnahme der drei weiteren Schwerpunkte Demokratieggeschichte, Einwanderungsgeschichte und Kolonialismus in die Erinnerungskonzeption der Bundesrepublik unterstützt;*

Zu 2. und 3.:

Die Ziffern 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet. Das Ministerium ist in den Prozess zum Neuentwurf der Erinnerungskonzeption der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) auf Bundesebene nicht eingebunden.

*4. welche Gedenkorte zur Demokratieggeschichte in Baden-Württemberg bereits existieren und wie diese durch die Landesregierung wissenschaftlich begleitet werden;*

Zu 4.:

Eine Übersicht der Gedenkstätten im Land und darüber hinaus sind im Internet auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) abrufbar unter <https://www.gedenkstaetten-bw.de/gedenkstaetten-bw-liste>. Gedenkorte der Demokratie werden vom Bund gefördert über die Stiftung „Orte der Deutschen Demokratieggeschichte“. Eine wissenschaftliche Begleitung durch die Landesregierung findet nicht statt.

*5. ob das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine Ausweitung des Lindenmuseums als Erinnerungsort für den Kolonialismus für möglich oder für wünschenswert hält;*

Zu 5.:

Das Linden-Museum ist ein ethnologisches Museum, das sich in einem Neuaufstellungsprozess befindet. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Eine Meinungsbildung hierzu hat insofern noch nicht stattgefunden.

6. *welche Erinnerungs- und Gedenkorte zur Einwanderungsgeschichte in Baden-Württemberg bereits existieren und wie diese von der Landesregierung finanziell gefördert werden;*

Zu 6.:

Dem Wissenschaftsministerium sind keine Einrichtungen dieser Art bekannt. Im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, im Technoseum und im Badischen Landesmuseum werden unter anderem Aspekte der Einwanderungsgeschichte aufgegriffen. Hierbei handelt es sich aber nicht um Erinnerungs- oder Gedenkorte zur Einwanderungsgeschichte, sondern um Museen mit einem übergreifenden Ansatz. Hervorzuheben ist die Große Landesausstellung „Arbeit und Migration“ im Technoseum (November 2021 bis Juni 2022).

7. *wie das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine mögliche Ersetzung der Fördervoraussetzung durch Bundesmittel der Beteiligung von Opfergruppen durch die Beteiligung von Personen aus den Herkunftsgebieten des Kolonialismus bewertet und welche Folgen sich ihrer Meinung nach daraus ergeben könnten;*

Zu 7.:

Auf die Antwort zu den Ziffern 2 und 3 wird verwiesen.

8. *wie das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine mögliche Ersetzung der Bundesmittelfördervoraussetzung der wissenschaftlichen Begleitung durch eine Einbeziehung kultureller Projekte und Impulse im Themengebiet des Kolonialismus bewertet und welche Folgen sich ihrer Meinung daraus ergeben könnten;*

Zu 8.:

Auf die Antwort zu den Ziffern 2 und 3 wird verwiesen.

9. *wie die Landesregierung die in den Medien thematisierte Gefahr der Relativierung des Holocaust durch eine verstärkte Einbeziehung anderer Themengebiete in die Gedenkstättenkultur bewertet;*

Zu 9.:

Der Holocaust ist präzedenzlos und unvergleichbar. Dies schließt nicht aus, dass auch andere Unrechtskontexte aufgearbeitet und z. B. in Form von Gedenkstätten öffentlich thematisiert werden.

In Vertretung

Braun

Staatssekretär